



Gute Bildung ist wichtig, denn nur mit ausreichend Fachwissen und relevanten praktischen Erfahrungen haben wir die Chance, auf dem Arbeitsmarkt der Zukunft zu bestehen. Daher hat die DGB Jugend die Wahlprogramme der Parteien dahingehend unter die Lupe genommen. Der globale Arbeitsmarkt verlangt nach qualifizierten Fachkräften. Wer keinen Ausbildungsplatz findet oder nur eine mangelhafte Ausbildung durchläuft, hat es auf dem Arbeitsmarkt schwer. Daher steht die Gewerkschaftsjugend für ein Bildungssystem, dass alle Menschen gemäß ihrer individuellen Stärken und Potentiale fördert – unabhängig von familiärem Hintergrund oder sozialer Herkunft.

Positionen zu G8 (achtjähriges Gymnasium)

Im Schuljahr 2004/05 wurde das achtjährige Gymnasium (Turbogym) eingeführt. 155.000 SchülerInnen sind davon betroffen. Ziel des G8 ist es durch kürzere (Aus)Bildungszeiten im globalen Vergleich wieder wettbewerbsfähig zu sein, in dem immer jüngere BürgerInnen den Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Union	SPD	FDP	Linke	Grüne
Hält am G8 fest, keine Veränderungen an den Grundstrukturen. Evtl. müssen die Stundenzahlen reduziert werden	Gegen den G8 Zwang, Eltern sollen kommunale Entscheidungsfreiheit haben, ob G8 oder G9. Als Ganztagschule ist G8 kein Problem	Pro G8. Keine Einwände gegen den Versuch das 9jährige Gym parallel an einzelnen Schulen einzuführen	Wahlfreiheit für G8 oder G9. Eine Gemeinschaftsschule bis zur 10.Klasse für alle.	Schülerinnen werden mit G8 überfordert, soll aber weiterhin Regelform bleiben. Ein Brückenjahr in der 9.Klasse soll auf Lerninhalte vorbereiten und ggf. wiederholen.

DGB Jugend:

- Schulzeitverkürzung (G8) führt dazu, dass viele Abgänger keine Perspektive bekommen. Somit muss das Land eine Ausbildungsplatzgarantie in Form eines Rechtsanspruches auf Schulplatz an Beruflichen Gymnasien, Berufskollegs zur Erlangung der Fachhochschulreife und der Berufsoberschulen etablieren
- eine längere gemeinsame Schulzeit bis zur 10. Klasse

Positionen zu Werkrealschulen

Vielmals haben HauptschülerInnen auf dem Ausbildungsmarkt das Nachsehen der Chancengleichheit und Bildungschancen. Oft spielt die soziale Herkunft dabei eine erhebliche Rolle. Durch die verpflichtende Grundschulempfehlung haben Eltern in BaWü noch nicht einmal ein Mitspracherecht. Werkrealschulen sind nun die neuen Hauptschulen deluxe, welche im Schuljahr 2010/2011 umgesetzt worden sind. Vielen Schulen im Umkreis drohen durch die Dreigliedrigkeit Schließungen.

Union	SPD	FDP	Linke	Grüne
6jährige Bildungsgang entspricht den Anforderungen der Wirtschaft Am dreigliedrigen Schulsystem soll festgehalten werden	Die Grundschulempfehlung ist dieselbe, die Wohnortnähe fällt weg, damit verbunden sind längere Schulwege. 10jährige, gemeinsame Schule ist langfristig Ziel.	Durch die 10.klässige Berufsfachschule werden die SchülerInnen optimal auf die Wirtschaft vorbereitet	Gegen Grundschulempfehlungen und Notensystem generell. Nach dem Abschluss fehlt oft der Anschluss zum beruflichen Gymnasium. Dieser muss rechtlich garantiert sein.	Sind gegen den NC von 3.0 um in die 10.Klasse versetzt zu werden. Gegen die Dreigliedrigkeit und Grundschulempfehlung, für eine Ganztagschule.

DGB Jugend:

- Eine gute ortsnahe Schule für Alle (kein dreigliedriges Schulsystem)

Positionen zur Ausbildungsqualität

Die Ausbildung in Betrieb und Berufsschulen laufen sehr unterschiedlich ab. In der dualen Ausbildung fehlen in BaWü über 11.000 betriebliche Ausbildungsplätze. Der Qualitätsgedanke spielt nicht nur bei der Entwicklung neuer Ausbildungsberufe, bei der Lernortgestaltung, Lehrpersonal und Ausbildungsmethoden eine Rolle. Sondern vielmehr auch beim Ausbildungsplatzangebot und der Einhaltung der gesetzlichen Schutzvorschriften für junge, arbeitende Menschen.

Union	SPD	FDP	Linke	Grüne
Jedem Bewerber ein Ausbildungsplatz. Das BPJ bahnt vielen den Weg in Ausbildung, Arbeit und Schule, BPJ muss ausgebaut werden	Mehr LehrerInnen und Eigenständigkeit an beruflichen Schulen, Gleichwertigkeit von dualer und vollzeitschulischer Ausbildung, Reformierung von BVJ, VAB, BEJ	JuArbSchG soll flexibler werden, Unterrichtsausfälle durch direkten Einstieg von päd. Assistentinnen vermeiden, Ausbau des BVJ, für mehr Ausbildungsreife	Eine Finanzierungsoffensive für den Schulausbau. Umlagefinanzierte und ganzheitliches duales Ausbildungssystem. Für ein Recht auf Ausbildung und gegen die Modularisierung.	100%ige Lehrerversorgung an beruflichen Schulen, Ausbau und Angleichung von vollzeitschulischen Ausbildungen

DGB Jugend :

- Verbesserung und Weiterentwicklung von Berufskollegs und Berufsschulen
- Verknüpfung der betrieblichen und schulischen Ausbildung und Erstellung eines gemeinsamen Rahmenplans
- Mehr betriebliche Ausbildungsplätze durch ein Vergabegesetz (Nur an ausbildende Betriebe)

Positionen zum Studium

Der Verwaltungsgerichtshof Baden- Württemberg hat entschieden, dass die Erhebung von Studiengebühren in Baden-Württemberg zulässig ist. Seit Sommersemester 2007 müssen Studierende 500 Euro pro Semester zahlen. Und dies betrifft noch 294'000 Studierende in BaWü.

Union	SPD	FDP	Linke	Grüne
Sozialverträgliche Studiengebühren sind ein Erfolg, verbessern den Lehrbetrieb und stärken den Wettbewerb. Studentische Mitbestimmung soll modernisiert werden.	Abschaffung von Studiengebühren ab Wintersemester 2011/12. Finanzielle Ausfall der Hochschulen soll durch den Landeshaushalt gegen finanziert werden.. Verfasste Studierendenschaft soll wieder eingeführt werden	Mit Studiengebühren werden die Mehrkosten der Unis gedeckt und die Qualität am Studium verbessert, bessere Regelungen zur Finanzierung für Stud.-Anfänger. Organ der studentischen Mitbestimmung sollen Studierendenparlamente sein.	Abschaffung aller Bildungs- und -Studiengebühren, Durchsetzung der Lehr- und Lernmittelfreiheit, Ausbau von BAföG. Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft mit allgemeinerpolitisches Mandat.	Ein gebührenfreies Erststudium bis Masterabschluss, eine bundesweite Reform der Stud.-Finanzierung. Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft mit politischen Mandat, Finanz- und Satzungsautonomie.

DGB Jugend :

- Einführung einer verfassten Studierendenschaft und damit Mitbestimmung verankern auch bei Reformen wie Bachelor/ Master Studierendengänge
- Kostenlose Bildung: Abschaffung der Studiengebühren

Positionen zur Weiterbildung

Damit lebenslanges Lernen zum selbstverständlichen Teil der Biografie aller Menschen wird, brauchen wir ein neues solidarisches Weiterbildungssystem. Bis heute liegt BaWü weit unter dem Bundesdurchschnitts. Voraussetzung für Weiterbildung mit System sind gute Rahmenbedingungen. Dazu gehören neben einem Recht auf Weiterbildung rechtlich garantierte Lernzeiten, gute Finanzierung und mehr Beratung.

Union	SPD	FDP	Linke	Grüne
Für Arbeitnehmer soll es eine Bildungsfreistellung geben, Weiterbildung im Verbund als vierte Säule des Bildungssystems	Vernetzte, niedrigschwellige und bezahlbare Bildungsangebote für alle, gegen die Privatisierung weiterer Weiterbildungsträger, Verwirklichung eines Rechtsanspruchs auf Bildungsurlaub.	Durch Finanzierungsinstrumente soll die private Bildung besser leistbar werden, mehr Transparenz in den Angeboten, gegen den Bildungsurlaub	Bezahlt Bildungsurlaub für alle Berufstätigen, gegen Bildungsgebühren. Weiterbildung als 5.Säule des Bildungssystems und als öffentliche Aufgabe	Der Weiterbildungsmarkt muss transparent sein, Angebote müssen zugänglich und finanzierbar für alle sein

DGB Jugend :

- Ein Bildungsurlaubsgesetz wie in den 14 anderen Bundesländern
- Erwachsenen-Bafög: Förderungswege sollen zusammengeführt werden (lebensbegleitendes Lernen)
- Eine innovative betriebliche Weiterbildungspolitik

Bildung ist ein Menschenrecht. Also: Wählen gehen - mitentscheiden!